



# Die Ausgestaltung der EU-Förderpolitik in der nächsten Förderperiode 2014-2020 – Chancen für Unterfranken

---

## Hintergrund

Seit über 20 Jahren ist die Kohäsionspolitik eine treibende Kraft in Europa. Die Strukturpolitik, bestehend aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dem Europäischen Sozialfonds (ESF) und dem Kohäsionsfonds, hat in den vergangenen Jahren einen großen Beitrag geleistet, regionale Entwicklungsunterschiede in Europa ab- und Wohlstand aufzubauen.

In **Unterfranken** hat die Strukturpolitik auch dazu beigetragen, die regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung zu erhöhen. In der derzeitigen Förderperiode (2007-2013) sind bereits **ESF-Mittel in Höhe von ca. 13 Millionen Euro** (Stand: 30.01.2012) in unsere Region geflossen, die unter anderem zur Schaffung von **900 zusätzlichen Ausbildungsplätzen** beigetragen haben. Unsere Region profitiert auch von umfangreichen Mitteln aus dem **EFRE**. Bis Ende 2010 sind knapp **29 Millionen Euro in 80 Projekte nach Unterfranken** geflossen. Durch die Förderung konnten über **1300 Arbeitsplätze erhalten und über 260 Arbeitsplätze neu geschaffen** werden. Diese **erfolgreiche Politik** setzt die EU **auch in Zukunft fort**. Derzeit beraten wir auf europäischer Ebene das Legislativpaket für die Kohäsionspolitik im Zeitraum 2014 bis 2020, das die Europäische Kommission im Oktober 2011 vorgelegt hat.

## Inhalt der Kommissionsvorschläge

Die Vorschläge der Kommission richten die EU-Investitionen an der Verwirklichung der **Europa 2020-Ziele** für ein intelligentes, nachhaltiges und innovatives Wachstum aus. Angesichts der derzeitigen Wirtschaftskrise in Europa sollen sie ein Motor für Wachstum und Beschäftigung in Europa sein. Zum jetzigen Zeitpunkt ist vorgesehen, dass in der **nächsten Förderperiode 336 Milliarden Euro** in die Strukturpolitik fließen sollen, was einem Anteil von etwa 33 % des EU-Haushaltes und in etwa der Höhe der Strukturfördermittel in der derzeitigen Förderperiode entspricht. Die genaue Höhe der Mittel für wird jedoch erst nach Abschluss der Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen der EU festgelegt. Dieser wird bis Ende dieses Jahres erwartet. In der neuen Förderperiode werden wieder **alle Regionen der Europäischen Union** von der Strukturpolitik profitieren, was positiv zu werten ist und unseren Forderungen entspricht. Der Schwerpunkt liegt jedoch auch künftig auf der Unterstützung der weniger entwickelten Regionen.

Im Vergleich zur derzeitigen Strukturpolitik sind einige **Änderungen** vorgesehen:

## Thematische Schwerpunktsetzung und Quotierung

Die Investitionen sollen sich in der nächsten Förderperiode auf verschiedene Schwerpunktziele konzentrieren, die im Einklang mit den Europa 2020-Zielen stehen: **Energieeffizienz und erneuerbare Energien, Forschung und Innovation** und **Wettbewerbsfähigkeit von KMU**. Weiterhin sind für die Umsetzung der Strukturpolitik bestimmte Quoten vorgesehen. So sollen 80 % der EFRE-Mittel in die genannten Schwerpunktziele fließen, weitere 5 % in die

Stadtentwicklung investiert werden. Ferner soll der Anteil des ESF in unserer Förderkategorie 52 % an der gesamten Strukturförderung ausmachen.

Die verstärkte Ausrichtung der Kohäsionspolitik auf Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum ist zu unterstützen, da sich gerade die **Schwerpunkteziele des EFRE mit den unterfränkischen Prioritäten und Potentialen decken**. Die Einführung von Förderquoten ist dagegen eher kritisch zu sehen, da sie passgenaue Entwicklungsstrategien erschweren. Vielmehr muss den Ländern **ausreichend Spielraum für eine eigenständige Regionalpolitik** bleiben.

### **Ergebnisorientierung**

Konditionalität und Leistungskontrollen sollen künftig eine größere Rolle spielen, demnach soll die Auszahlung von Fördermitteln von der **Erfüllung expliziter Zielvorgaben** abhängen. Auch ist eine Leistungsreserve von 5 % vorgesehen, die bis 2019 zurückgehalten werden soll und erst dann ausgezahlt wird, wenn die formulierten Ziele erreicht wurden. So soll sichergestellt werden, dass die Wirkung der Fördermittel voll ausgeschöpft wird. Eine **Kontrolle** der EU-Förderung ist notwendig und **prinzipiell unterstützenswert**. Allerdings muss dabei der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt werden. Ziel muss dabei der Bürokratieabbau bleiben. Wir werden uns für einen gesunden **Mittelweg** einsetzen.

### **Einführung einer Übergangskategorie**

Neben den bisher bestehenden Förder-Kategorien – weniger entwickelte Regionen mit einem BIP-pro-Kopf von weniger als 75 % des EU-Durchschnitts und stärker entwickelte Regionen, deren BIP-pro-Kopf höher ist – soll ab 2014 eine **neue Zwischenkategorie** (BIP-pro-Kopf zwischen 75 % und 90 % des EU-Durchschnitts) eingeführt werden. Dieses Vorhaben ist **abzulehnen**, da es den Prinzipien der Kohäsionspolitik entgegenläuft. Die Strukturpolitik muss sich weiter auf die schwächsten Gebiete konzentrieren und alle anderen Regionen durch den bewährten Ansatz fördern. Durch die Einführung der Zwischenkategorie könnten weniger arme Regionen künftig dauerhaft von höheren Fördersätzen profitieren und dadurch den Anreiz für eine zielgerichtete, entwicklungsorientierte Strukturpolitik verlieren.

### **Bürokratieabbau**

Nach den Vorschlägen der Kommission sollen für fünf verschiedene EU-Fördertöpfe, neben den Fonds der Strukturpolitik auch für den Europäischen Landwirtschaftsfonds für regionale Entwicklung (ELER) und dem Europäischen Fischereifonds (EMFF), in einer übergreifenden Rahmenverordnung erstmals gemeinsame Regeln festgelegt werden. Die darin vorgesehene Ausdehnung von **Pauschalregelungen ist ein Beitrag zur Vereinfachung** und zum **Abbau von Bürokratie**. Dennoch zeichnen sich die Vorschläge **insgesamt durch eine hohe Regelungskomplexität und mehr Verwaltungsaufwand** für die Mitgliedstaaten aus, wobei die Begünstigten der Förderung gleichzeitig entlastet werden sollen. Während der letzte Punkt positiv zu bewerten ist, sind die Ansätze zur Vereinfachung insgesamt nicht ausreichend.

Weiterhin enthält der Rahmenordnungsvorschlag an verschiedenen Stellen Übertragungen von Befugnissen auf die Kommission mittels delegierter Rechtsakte. Dies ist ein falscher Ansatz, der eine **zentralistische, in die Kommission verlagerte Strukturpolitik** befördert. Für eine erfolgreiche Strukturpolitik, brauchen wir dagegen Regelungen, die den Ländern **ausreichend Spielraum für eine den Bedürfnissen vor Ort angepasste Förderpolitik** gewähren.

## Bewertung

Die Vorschläge der Kommission zur Kohäsionspolitik gehen grundsätzlich in die richtige Richtung, bedürfen jedoch noch einiger Korrekturen durch das Europäische Parlament und den Ministerrat als Gesetzgeber. Die EU-Fördermittel müssen auch künftig direkt und unbürokratisch bei den Bürgern und Kommunen ankommen. Daher werden wir uns dafür einsetzen, dass die **Europäische Union lediglich den Rahmen setzt** und den **Kommunen bei der Umsetzung ausreichend Handlungsspielraum eingeräumt wird**. Nur durch ausreichend Spielraum kommen die Mittel zielgerichtet an und können Wachstum und Innovation vor Ort fördern. Gleichzeitig müssen die Vorschläge auch im Hinblick auf den bürokratischen Aufwand nachgebessert werden, denn in Zeiten knapper Kassen ist es besonders wichtig, die **EU-Strukturpolitik effizient auszugestalten**.

## Zeitplan

